

18.01.2018

Rechtsausschuss

Dr. Werner Pfeil MdL

Einladung

7. Sitzung (öffentlich)
des Rechtsausschusses
am Mittwoch, dem 24. Januar 2018,
nachmittags, 13.30 Uhr, Raum E 3 A 02

Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Gemäß § 53 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Landtags berufe ich den Ausschuss ein und setze folgende Tagesordnung fest:

Tagesordnung

1. **Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung der Städte Bonn und Velbert, §§ 8 Abs. 3 Satz 2 und 3, 27 Abs. 3 Satz 1 und 2 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2017 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2017 - GFG 2017) vom 15. Dezember 2016 i.V.m. Anlage 3 zu diesem Gesetz verletzten die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung**

VerfGH 17/17
Vertrauliche Vorlage 17/10

2. **Gesetz zum Abbau unnötiger und belastender Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen - Entfesselungspaket I**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/1046
Ausschussprotokoll APr 17/141
Ausschussprotokoll APr 17/143 (wird erwartet)

- Auswertung der Anhörung sowie abschließende Beratung und Abstimmung mit Votum an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung

3. Deutschland braucht endlich ein Unternehmensstrafrecht - Landesregierung muss dabei Vorreiter, nicht Blockierer sein!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/505
Stellungnahme 17/84
Stellungnahme 17/89
Stellungnahme 17/94
Stellungnahme 17/102
Stellungnahme 17/118

- Auswertung der schriftlichen Anhörung und abschließende Abstimmung

4. Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und wahlrechtlicher Vorschriften (Kommunalvertretungsdemokratisierungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/1447

5. Rechtssicherheit im Klimaschutz wiederherstellen und nordrhein-westfälische Unternehmen vor unberechtigten Klagen schützen

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/1445

6. Rechtssicherheit durch pflichtgemäße Altersbestimmung bei unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA), die sich nicht zweifelsfrei ausweisen können und nicht eindeutig als minderjährig erkennbar sind.

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/1657

7. Evaluierung des Jugendarrestvollzugsgesetzes NRW

- Bericht der Landesregierung
Vorlage wird erwartet

8. Arbeitsplanung des Ministeriums der Justiz für das Jahr 2018

- Bericht der Landesregierung
Vorlage wird erwartet

9. Wie beurteilt die Landesregierung das Vorhaben der Europäischen Kommission zur Verbesserung des grenzüberschreitenden Zugangs zu elektronischen Beweismitteln in Strafsachen?

- Bericht der Landesregierung
Vorlage wird erwartet

10. Verschiedenes

gez. Dr. Werner Pfeil
- Vorsitzender -

F. d. R.

Jan Jäger
Ausschussassistent